



# **V e r t r a g**

## **über die Bewirtschaftung der gastronomischen Einrichtung des SWR am Standort Mainz**

**Aktenzeichen: EU-A/P 01/2024**

zwischen

Südwestrundfunk  
vertreten durch den Intendanten Prof. Dr. Kai Gniffke

Neckarstrasse 230  
70190 Stuttgart  
- nachstehend "Auftraggeber" genannt -

und

- nachstehend "Auftragnehmer" genannt –

## **Präambel**

Der Auftragnehmer übernimmt ab dem 01.01.2025 die Bewirtschaftung der gastronomischen Einrichtung (Kantine) des SWR in Mainz. Er sorgt darüber hinaus für die Mitarbeiterverpflegung über einen Frühstücksverkauf und für die Bewirtschaftung der Waren- und Getränkeautomaten.

Der Auftragnehmer kann mit der Bewirtung von Gästen mit Speisen und Getränken im Rahmen von Sonderveranstaltungen beauftragt werden.

Die Bewirtschaftung erfolgt im Namen, auf Rechnung und auf Risiko des zukünftigen Auftragnehmers. Der zukünftige Auftragnehmer bestreitet alle Kosten der Bewirtschaftung der Verpflegungseinrichtungen (Kantine, Frühstücksverkauf, Automaten, Konferenzservice).

Der Auftragnehmer übernimmt die Bewirtschaftung der im § 1 genannten Bereiche der Mitarbeiterverpflegung auf eigene Rechnung und auf eigenes Risiko nach Maßgabe der folgenden Regelungen:

### **§ 1**

#### **Vertragsgegenstand**

Der Auftragnehmer wird am Standort des SWR: Am Fort Gonsenheim in D-55122 Mainz mit der Bewirtschaftung:

- der Kantine im Haus am Wall (Hauptgebäude)
- der Automaten im Haus am Wall (Hauptgebäude)
- der Automaten im Haus am Tor (Nebengebäude)

sowie mit dem

- Konferenzservice in den Konferenzräumen des Hauptgebäudes und des Nebengebäudes

beauftragt.

Die Durchführung von Sonderveranstaltungen mit Bereitstellung von Speisen und Getränken zu verschiedenen Anlässen bedarf einer gesonderten Vereinbarung zwischen den Parteien. Für den möglichen Leistungsbereich „Sonderveranstaltungen“ besteht keine Exklusivität.

### **§ 2**

#### **Vertragsbestandteile**

Als Vertragsbestandteile gelten in folgender Reihenfolge:

- a) die Verfahrensunterlagen inkl. Bierrundschreiben und ggf. Anpassungen nach der Verhandlungsrunde,
- b) die Bestimmungen dieses Vertrages,
- c) die Besonderen Vertragsbedingungen zur Erfüllung der Tariftreue- und Mindestentgeltverpflichten nach dem Tariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Anlage 4),
- d) Allgemeine Beschaffungsbedingungen (ABB) des SWR, BR und des SR und deren verbundenen Unternehmen für Lieferungen und Leistungen (Stand 01.05.2023 (Anlage 1)),
- e) die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B)

Bei Widersprüchen gelten die Vertragsbestandteile in dieser Reihenfolge. Die Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers finden keine Anwendungen.

### **§ 3**

#### **Leistungen des Auftragnehmers**

- (1) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die in der Leistungsbeschreibung näher beschriebenen Leistungen zu erbringen.
- (2) Der Auftragnehmer erbringt alle Leistungen im eigenen Namen und auf eigene Rechnung und nimmt die anfallenden Bareinzahlungen im eigenen Namen ein.
- (3) Die aufgeführten Öffnungszeiten/ Bewirtschaftungszeiten sind einzuhalten.
- (4) Die Erbringung der Leistungen durch den Auftragnehmer muss nach den allgemein anerkannten Regeln unter Beachtung aller behördlichen und gesetzlichen Vorschriften und Bestimmungen zum Zeitpunkt der Leistungserbringung erfolgen. Der Auftragnehmer ist dafür verantwortlich, dass die vertragsgegenständlichen Leistungen, während der gesamten Vertragslaufzeit allen rechtlichen Rahmenbedingungen entsprechen. Sofern sich diese Rahmenbedingungen ändern, wird der Auftragnehmer alle Maßnahmen ergreifen, um die Einhaltung der geänderten rechtlichen Rahmenbedingungen sicher zu stellen.

### **§ 4**

#### **Eröffnungsvorbereitung**

- (1) Der Auftragnehmer wird rechtzeitig vor Beginn der Leistungserbringung alle notwendigen Maßnahmen treffen, damit die Vertragsleistungen zum 01.01.2025 erfüllt werden können.

Zu den während dieser Vorbereitungsphase üblicherweise getroffenen Maßnahmen gehören insbesondere die Suche, Einstellung und Schulung des notwendigen Personals sowie die Organisation der Leistungsaufnahme einschließlich der Durchführung

von Lieferantengesprächen und -audits, Auslösen von Bestellungen und der Erstellung der Speisepläne. Die Übernahme der im Rahmen der Eröffnungsphase anfallenden auftragsbezogenen Einmalkosten erfolgt durch den Auftragnehmer zu eigenen Lasten.

- (2) Innerhalb von 4 Wochen nach Auftragserteilung hat der Auftragnehmer einen Eröffnungs-Management-Plan schriftlich vorlegen, zu erläutern und vom Auftraggeber genehmigen zu lassen.

## **§ 5**

### **Übergabe von Räumen und Inventar**

- (1) Die Übergabe der vom Auftraggeber bereit zu stellenden Räume und Betriebsmittel (Inventar, Energie, Trinkwasser etc.) erfolgt spätestens zum 31.12.2024.
- (2) Über den Zustand der Kantine, der Nebenräume, Inventars und des sonstigen Zubehörs wird bei der Übergabe nach Besichtigung durch beide Vertragspartner ein Protokoll aufgenommen, in dem der Zustand der Kantine, Nebenräume, des Inventars und des sonstigen Zubehörs festgestellt wird. Bei der Übergabe nicht erkennbare Mängel hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber unverzüglich nach ihrer Entdeckung anzuzeigen.
- (3) Die Übergabe ist durch ein Übergabeprotokoll zu dokumentieren, welches durch beide Vertragsparteien zu unterzeichnen ist.

## **§ 6**

### **Büro, Software und eigene Maschinen**

- (1) Der Auftraggeber stellt dem Auftragnehmer im SWR ein Büro mit Telefonanschluss und PC zur Verfügung, über den Reklamationen und Aufträge schnell abgerufen werden können. Das Büro und die Einrichtungen stehen ausschließlich für Tätigkeiten zur Verfügung, die im Zusammenhang mit der Erfüllung der Vertragspflichten stehen.
- (2) Die Kartenaufładestationen und das Kassensystem werden vom Auftraggeber gestellt. Der Auftraggeber ist für Wartungen, Reparaturen und Updates verantwortlich. Eventuelle Kassenprogrammierungen bei Übergabe des Betriebsrestaurants obliegen dem Auftragnehmer und werden dem Auftraggeber nicht in Rechnung gestellt. Die vorgenommenen Änderungen werden vom Auftragnehmer dokumentiert.
- (3) Verwendet der Auftragnehmer eigene Maschinen und Geräte, so müssen sie in einem technisch einwandfreien Zustand sein (VDE/GS-Zeichen, BGVA3 etc.) und den gesetzlichen Anforderungen, gängigen Richtlinien, Herstellervorgaben, etc. entsprechen.

## **§ 7**

### **Ausfall der Versorgungsleistung**

Bei einem Ausfall der Versorgungsleistungen wie Strom, Wärme oder Wasser ist die Haftung des SWR wie folgt begrenzt:

#### Strom

Der SWR haftet analog § 18 der Verordnung über allgemeine Bedingungen für den Netzanschluss und dessen Nutzung für die Elektrizitätsversorgung in Niederspannung (Niederspannungsanschlussverordnung –NAV-) in der jeweiligen gültigen Fassung.

#### Wärme

Der SWR haftet analog § 6 der Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Versorgung mit Fernwärme (AVBFernwärmeV).

#### Wasser

Der SWR haftet analog § 6 der Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Versorgung mit Wasser (AVBWasserV) in der jeweils geltenden Fassung.

## **§ 8**

### **Bauliche Veränderungen**

- (1) Dem Auftragnehmer ist es untersagt, ohne vorherige schriftliche Zustimmung des SWR, Aus- und Umbauten am Vertragsgegenstand/Bewirtschaftungsobjekt vorzunehmen.
- (2) Das Aufstellen, bzw. Anbringen neuer Einrichtungsgegenstände, die das Aussehen der Kantinenräumlichkeiten beeinflussen, darf nur nach vorheriger, schriftlicher Einwilligung des SWR vorgenommen werden. Dies gilt insbesondere für die Gasträume der Kantine und die Standorte der Automatenstationen.
- (3) Der SWR darf Ausbesserungen und bauliche Veränderungen, die zur Erhaltung des Vertragsgegenstandes oder zur Abwendung drohender Gefahren oder zur Beseitigung von Schäden notwendig werden, ohne Zustimmung des Auftragnehmers durchführen. Der SWR wird hierbei auf die betrieblichen Belange des Auftragnehmers nach Möglichkeit Rücksicht nehmen. Soweit der Auftragnehmer die Arbeiten dulden muss, kann er hieraus keine Ansprüche gegenüber dem SWR geltend machen.

## **§ 9**

### **Fremdnutzung der Räume und Betretungsrecht**

- (1) Die überlassenen Räume, Geräte und Einrichtungen dürfen nur für den hier ausgeschriebenen Vertrags-/Bewirtschaftungszweck genutzt werden. Eine Untervermietung oder sonstige Nutzungsüberlassung an Dritte ist grundsätzlich untersagt.
- (2) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, Mitarbeitern bzw. sonstigen Beauftragten des SWR jederzeit die Besichtigung und das Betreten des Vertragsgegenstandes zu ge-

statten und ihnen die erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Der SWR wird, ausgenommen in Fällen drohender Gefahr, die Überprüfung des Zustandes des Vertragsgegenstandes nach vorheriger Ankündigung während der Geschäftszeiten vornehmen. Bei einer solchen Begehung durch Beauftragte des SWR ist der Auftragnehmer für die Einhaltung der Hygienevorschriften verantwortlich.

## **§ 10**

### **Warenqualität und Wareneinkauf**

Der Auftragnehmer stellt den Einkauf der benötigten Ware in eigener Verantwortung sicher und gewährleistet, dass die Produkte den Anforderungen der Verfahrensunterlagen entsprechen. Der Auftragnehmer beachtet dabei insbesondere die geltenden lebensmittelrechtlichen Bestimmungen.

Der Wareneinkauf erfolgt im Namen und für Rechnung des Auftragnehmers.

## **§ 11**

### **Reinigung, Hygiene, Arbeitsschutz**

- (1) Der Auftragnehmer wird bei der Erfüllung der vertragsgegenständlichen Leistungen alle zwingend einzuhaltenden Vorschriften der Lebensmittelhygiene-Verordnung, sowie alle sonstigen einschlägigen Regelungen und behördlichen Auflagen, insbesondere des Arbeitsschutz- und Lebensmittelrechts, in der jeweils zum Zeitpunkt der Leistungserbringung gültigen Fassung beachten.
- (2) Der Auftragnehmer sichert durch regelmäßige Kontrollen und fundierte Schulung seines Personals, sowie durch die jährliche Hygienebegehung eines externen Fachunternehmens einen hohen Standard an Hygiene und Sauberkeit im Produktions-, Ausgaben- und Lagerbereich.
- (3) Die Pflichten der Vertragsparteien im Bezug auf die Reinigung der Räume und Einrichtungen sind in den Verfahrensunterlagen geregelt.
- (4) Der Auftraggeber veranlasst vor Beginn der Kantinenbewirtschaftung einmalig eine Grundreinigung durch ein externes Fachunternehmen auf eigene Kosten, sofern mit Abschluss dieses Vertrages ein Wechsel des Auftragnehmers verbunden ist.

## **§ 12**

### **Überwachung und Kontrolle**

Der Auftraggeber und seine Erfüllungsgehilfen haben jederzeit Zugang zu allen an den Auftragnehmer überlassenen Betriebsräumen.

Im Übrigen ist der Auftraggeber jederzeit berechtigt, die Ausführung des Auftrags zu kontrollieren, insbesondere die Zubereitung der Speisen, die Qualität und die Hygiene in den Betriebsräumen.

Der Auftraggeber hat das Hausrecht in allen Räumlichkeiten.

### **§ 13**

#### **Haftung des Auftragnehmers**

- (1) Der Auftragnehmer haftet nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen dem Auftraggeber und dessen Personal/Beauftragten für Personen-, Sach- und Vermögensschäden, die durch den Auftragnehmer selbst, sein Personal, sonst von ihm Beauftragten oder Ermächtigten verursacht werden.
- (2) Für alle Personen-, Sach- und Vermögensschäden, die Dritten durch Ausübung oder in Erfüllung der vertraglichen Verpflichtung des Auftragnehmers, seines Personals oder sonst von ihm Beauftragten oder Ermächtigten entstehen, haftet der Auftragnehmer allein und stellt den Auftraggeber von allen Ansprüchen frei, die gegen ihn erhoben werden. Dies gilt auch für Kosten einer etwa notwendigen Rechtsverteidigung und Rechtsverfolgung. Diese Haftungsfreistellung gilt nicht, wenn die Schäden durch den Auftraggeber oder sein Personal schuldhaft verursacht wurden.

### **§ 14**

#### **Haftung des Auftraggebers**

Die verschuldensunabhängige Haftung des SWR wegen bei Vertragsabschluss vorhandener Mängel der Räume, Geräte und der Einrichtungen ist ausgeschlossen.

Schadensersatzansprüche des Auftragnehmers im Übrigen, einschließlich solcher aus vorvertraglichen Schuldverhältnissen und unerlaubter Handlung, können nur geltend gemacht werden, soweit sie

- a. auf Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit des SWR oder ihrer Erfüllungs-/ Verrichtungsgehilfen
- b. auf der fahrlässigen Verletzung einer wesentlichen Vertragspflicht durch den SWR oder ihrer Erfüllungs-/Verrichtungsgehilfen
- c. auf einer zu einer Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit führenden Pflichtverletzung des SWR oder ihrer Erfüllungs-/Verrichtungsgehilfen
- d. auf dem Fehlen einer zugesicherten Eigenschaft des Vertragsgegenstandes oder eine zwingenden gesetzlichen Haftung des SWR oder ihrer Erfüllungs-/Verrichtungsgehilfen beruhen.

### **§ 15**

#### **Versicherungen**

- (1) Der Auftragnehmer unterhält während der Laufzeit dieses Vertrages eine Betriebshaftpflichtversicherung mit folgenden Deckungssummen:
  - Versicherungssummen: € 5.000.000,00 pauschal jeweils für Personen- und Sachschäden

Die Deckungssumme gilt je Versicherungsfall; die Jahreshöchstleistung für alle Schadenereignisse eines Versicherungsjahres beträgt € 10.000.000,00

- Versicherungssummen: € 200.000,00 pauschal jeweils für das Abhandenkommen von Schlüsseln und Codekarten.

Die Deckungssumme gilt je Versicherungsfall, die Jahreshöchstleistung für alle Schadensereignisse beträgt € 400.000,00.

- Versicherungssummen: € 1.000.000,00 pauschal für Vermögensschäden.

Die Deckungssumme gilt je Versicherungsfall, die Jahreshöchstleistung für alle Schadensereignisse beträgt € 2.000.000,00

Der Auftragnehmer erbringt jährlich auf Wunsch des Auftraggebers den Nachweis der Versicherung in Form einer aktuell gültigen Versicherungsbestätigung.

- (2) Der Auftraggeber sorgt für Versicherungsschutz zur Abdeckung der Risiken aus Feuer, Explosion, Wasser, Sturm und Gebäudehaftpflicht, sowie für die Versicherung der Geldbestände in den Kartenaufładestationen. Dies gilt nicht für vom Auftragnehmer eingebrachte Geräte.
- (3) Der Auftraggeber stellt zur Verwahrung der Wocheneinnahmen einen Tresor zur Verfügung. Der Auftragnehmer haftet für die ihm zur Verfügung gestellten Tresore sowie deren Inhalt.

## **§ 16**

### **Genehmigungen und Steuern**

Der Auftragnehmer muss sich die für die Bewirtschaftung der Kantine erforderlichen Genehmigungen auf seine Kosten selbst beschaffen. Zudem ist er für die Einhaltung aller mit dem Betrieb der Kantine, zusammenhängenden öffentlich-rechtlichen Vorschriften allein verantwortlich. Hierzu gehören u.a. die Unfallverhütungsvorschriften sowie Lebensmittel- und hygienerechtliche Vorschriften.

Alle mit der Bewirtschaftung der Kantine verbundenen Steuern, Gebühren und Abgaben gehen zu Lasten des Auftragnehmers.

## **§ 17**

### **Beginn und Beendigung des Vertrages**

- (1) Der Vertrag beginnt am 01.01.2025 und endet am 31.12.2026. Der Vertrag kann um jeweils 12 Monate bis zu einer Höchstdauer von 6 Jahren verlängert werden, wenn nicht mit einer Frist von sechs Monaten vor dem Ablauf der vereinbarten Vertragslaufzeit schriftlich gekündigt wird.

Der Vertrag endet jedoch spätestens am 31.12.2030, ohne dass es einer schriftlichen Kündigung der beiden Vertragspartner bedarf.



- (2) Eine fristlose Kündigung aus wichtigem Grund bleibt beiden Parteien vorbehalten. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn
- a) trotz schriftlicher Abmahnung mit Fristsetzung gegen eine Verpflichtung aus oder aufgrund dieses Vertrages verstoßen wird;
  - b) der Auftragnehmer sich an wettbewerbsbeschränkenden Absprachen (§ 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen) beteiligt hat;
  - c) der Auftragnehmer Personen, die auf Seiten des Auftraggebers mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung dieses Vertrages befasst sind, mit Rücksicht auf ihre Zugehörigkeit zum Auftraggeber Vorteile angeboten, versprochen oder gewährt hat;
  - d) der Auftragnehmer einen Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens gestellt hat oder das Insolvenzverfahren über das Vermögen des Auftragnehmers eröffnet oder die Eröffnung des Insolvenzverfahrens mangels Masse abgelehnt wird;
  - e) der Auftragnehmer die gültigen Arbeitsschutzbestimmungen nicht anwendet und/oder gegen Bestimmungen des Ausländerrechts, sowie des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes verstößt oder Schwarzarbeiter beschäftigt;
  - f) behördlich vorgeschriebene Genehmigungen, die für die Bewirtschaftung erforderlich sind, entzogen werden.
- (3) Bei Eintritt einer Voraussetzung, die zu einer vorzeitigen Beendigung berechtigt, wird die betroffene Partei den Vertragspartner unverzüglich und umfassend über den zu Grunde liegenden Sachverhalt in Kenntnis setzen.
- (4) Die Benachrichtigung und die Kündigung müssen schriftlich erfolgen.
- (5) Bei Vertragsende hat der Auftragnehmer eigene Einrichtungen auf eigene Kosten zu entfernen.

## **§ 18**

### **Nachunternehmer**

- (1) Setzt der Auftragnehmer einen Nachunternehmer ein, hat er durch entsprechende vertragliche Regelungen mit diesem dafür Sorge zu tragen, dass die Bestimmungen dieses Vertrags und die für die Erfüllung dieses Vertrages erforderlichen gesetzlichen und behördlichen Vorschriften und Auflagen durch den Dritten eingehalten werden.
- (2) Die Einschaltung weiterer Nachunternehmer als der, die im Rahmen des Vergabeverfahrens benannt wurden, bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers.

## **§ 19**

### **Zuschuss**

- (1) Grundlage für den zu gewährenden Zuschuss ist die mit dem letztverbindlichen Angebot des Auftragnehmers eingereichte Kalkulation vom .  
Der an den Auftragnehmer zu zahlender Zuschuss beträgt verbindlich zunächst bis zum 31.12.2025 EUR brutto pro Jahr.
- (2) Der Auftraggeber zahlt den Zuschuss in zwölf gleichen Raten auf das vom Auftragnehmer benannte Konto.
- (3) Personalkostensteigerungen aufgrund von Tarifabschlüssen zwischen den Tarifpartnern, sind für die ersten drei Jahre der Laufzeit des Bewirtschaftungsvertrages in die Kalkulation und den sich daraus evtl. ergebenden Zuschuss einzubeziehen. Die für die Kalkulation zugrunde gelegten prozentualen Tarifsteigerungen (pro vereinbarter Tarifvertragslaufzeit) sind anzugeben.
- (4) Nach Abschluss der jeweiligen Tarifverträge sind die tatsächlichen Tarifierhöhungen nachzuweisen. Eine Verrechnung evtl. niedriger oder höherer tatsächlicher Steigerungen zu den geplanten erfolgt in den ersten drei Jahren nicht.
- (5) Zum Ablauf dieser drei Jahre kann über eine Erhöhung des Zuschusses für weitere drei Jahre verhandelt werden, in den die ggf. schon feststehenden bzw. geplanten Tarifierhöhungen berücksichtigt werden können. Evtl. Defizite oder Überschüsse aufgrund von Tarifsteigerungen des vorhergehenden Dreijahreszeitraums können im neuen Zeitraum verrechnet werden. Der SWR wird sich zudem bemühen, Tarifsteigerungen auch über eine Erhöhung von Abgabepreisen mit der Personalvertretung zu verhandeln. Eine entsprechende Mitwirkung des Caterers durch Vorschläge adäquater Preiserhöhungen wird vorausgesetzt.
- (6) Anpassungen des Zuschusses müssen dem Auftraggeber spätestens acht Monate vor Ablauf der drei Jahre (Lohnkosten) bzw. der vereinbarten Vertragslaufzeit (Warenkosten) schriftlich mitgeteilt und begründet werden.
- (7) Der jeweils aktuelle, monatliche fixe Zuschuss wird dem Auftraggeber zum ersten des Monats brutto inkl. der rechnerischen Mehrwertsteuer in Rechnung gestellt.
- (8) Der Rechnungsbetrag ist ohne Abzug mit einem Zahlungsziel von 14 Kalendertagen zur Zahlung fällig.
- (9) Zusätzliche Mehreinnahmen von Dritten werden bei der Berechnung des festen Zuschusses in voller Höhe berücksichtigt.
- (10) Der jeweils errechnete Zuschuss umfasst alle Arbeiten und sonstigen Leistungen des Auftragnehmers, die zur vollständigen und funktionsfähigen Durchführung der Leistungen erforderlich sind.
- (11) Können sich die Parteien hinsichtlich der Erhöhung des Zuschusses innerhalb von 21 Kalendertagen ab Zugang des Erhöhungsantrages beim Auftraggeber nicht einigen, kann jede Partei den Vertrag mit einer Frist von 6 Monaten vor dem Ablauf der vereinbarten Vertragslaufzeit schriftlich kündigen. Bis zur Beendigung des Vertrages gilt der zuletzt vereinbarte Zuschuss weiter.

## **§ 20**

### **Abgabepreise**

- (1) Die vom Auftraggeber in der Leistungsbeschreibung vorgegebenen (Brutto-) Abgabepreise sind vom Auftragnehmer einzuhalten.
- (2) Der Auftragnehmer bietet das darüber hinaus gehende Warensortiment zu den, in seinem letztverbindlichen Angebot vom                    angebotenen Abgabepreisen an.
- (3) Erforderliche Preiserhöhungen sind unverzüglich schriftlich anzuzeigen, zu begründen und durch entsprechende Nachweise zu belegen. Die Preisanpassungen unterliegen der betrieblichen Mitbestimmung und bedürfen der schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers.
- (4) Können sich die Parteien hinsichtlich der Preiserhöhung der Abgabepreise nicht innerhalb von 21 Kalendertagen ab Zugang des Erhöhungsantrages beim Auftraggeber einigen, kann jeder Vertragspartner den Vertrag außerordentlich mit einer Frist von 6 Monaten zum Ende eines Kalendermonats kündigen. Die Kündigung bedarf der Schriftform. Bis zur Einigung bzw. Beendigung des Vertrages gelten die zuletzt vereinbarten Abgabepreise weiter.

## **§21**

### **Pflichten des Auftragnehmers**

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die zu entrichtenden Steuern selbständig abzuführen. Er stellt den Auftraggeber von jeglicher Haftung für Lohnsteueransprüche der Finanzbehörden frei und verpflichtet sich gleichzeitig etwaige vom Auftraggeber entrichtete Lohnsteuer an diesen zu erstatten.
- (2) Der Auftragnehmer sorgt selbständig für seine eigene und die soziale Absicherung seiner Mitarbeiter, insbesondere für eine ausreichende Krankenversicherung und Altersversorgung.
- (3) Der Auftragnehmer ist bei der Erbringung der vertragsgegenständlichen Leistung verpflichtet, die geltenden Gesetze sowie die einschlägigen Tarifverträge zu beachten.
- (4) Der Auftragnehmer trägt während der gesamten Vertragslaufzeit die Verkehrssicherungspflicht für die Vertragsgegenstände.

## **§ 22**

### **Rechnungsstellung und Zahlung**

- (1) Elektronischer Rechnungsversand an folgende zentrale E-Mail-Adresse: [Rechnungseingang-SWR@swr.de](mailto:Rechnungseingang-SWR@swr.de). Weitere Details zu den Anforderungen an den elektronischen Rechnungsversand: siehe [www.swr.de/rechnungen](http://www.swr.de/rechnungen)
- (2) Auf der Rechnungsstellung muss immer die zum Zeitpunkt der Rechnungsstellung aktuell geltende Umsatzsteuer angewendet werden.

- (3) Die Bezahlung erfolgt nach Vorlage einer prüffähigen Rechnung monatlich innerhalb 14 Tagen netto.

## **§23**

### **Verschwiegenheit, Veröffentlichung, Datenschutz**

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, über alle Geschäftsvorgänge, -abläufe, Pläne, Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse, Unterlagen und Daten sowie als vertraulich bezeichnete oder aufgrund sonstiger Umstände erkennbar als vertraulich zu behandelnden Informationen des Auftraggebers oder der mit dem Auftraggeber verbundenen Unternehmen, die ihm aufgrund der Zusammenarbeit mit dem Auftraggeber bekannt werden, striktes Stillschweigen zu wahren. Diese Verpflichtung gilt auch über das Ende des Vertrages hinaus. Der Auftragnehmer verpflichtet sich seine Mitarbeiter ebenfalls zur strengsten Diskretion anzuhalten, besondere Sicherheitsbestimmungen aufzustellen und deren Einhaltung laufend zu überprüfen. Der Auftragnehmer wird die Verpflichtung zur Geheimhaltung auch Dritten auferlegen, die er zur Durchführung von Arbeiten beauftragt.
- (2) Der Auftragnehmer verpflichtet sich alle ihm übergebenen Dokumente, Papiere, Programme und Pläne, die den Auftraggeber betreffen nach Vertragsbeendigung an den Auftraggeber herauszugeben. Die Geltendmachung eines Zurückbehaltungsrechtes ist ausgeschlossen. Der Auftragnehmer wird auf Verlangen schriftlich bestätigen, dass er nicht mehr im Besitz von Unterlagen jeglicher Art ist, die im Eigentum des Auftraggebers stehen oder ihm vom Auftraggeber im Zusammenhang mit diesem Vertrag überlassen wurden.
- (3) Veröffentlichungen aller Art (auch Referenznennungen), die im Zusammenhang mit der Zusammenarbeit stehen, dürfen nur mit vorheriger Zustimmung des Auftraggebers erfolgen.
- (4) Der Auftraggeber ist unbeschadet weitergehender gesetzlicher Ansprüche berechtigt, bei jeder schuldhaften Verletzung dieser in dieser Vorschrift genannten Verpflichtungen, eine Vertragsstrafe von Euro 10.000,- vom Auftragnehmer zu fordern. Der Auftraggeber behält sich jedoch das Recht vor, vom Auftragnehmer einen darüberhinausgehenden Schadensersatz – unter Anrechnung der Vertragsstrafe – zu fordern.

## **§24**

### **Zugangsberechtigungskarten und Schlüssel**

- (1) Zur Erfüllung seiner Aufgaben erhält der Auftragnehmer notwendige Zugangsberechtigungskarten (Legic-Karten) und/oder Schlüssel der General-Hauptschließanlage. Der Auftragnehmer haftet dem Auftraggeber für den Verlust, Diebstahl oder sonstiges Abhandenkommen solcher Karten und Schlüssel.
- (2) Bei Beendigung des Auftragsverhältnisses, wird der Auftragnehmer die Karte/den Schlüssel der Karten/Schlüssel ausgebenden Abteilung unverzüglich zurückgeben; von der Karte/ dem Schlüssel dürfen keine Duplikate angefertigt werden.

- (3) Der Auftragnehmer hat bei Abhandenkommen einer/s ihm überlassenen Karte/Schlüssels dies dem Auftraggeber (Karte/Schlüssel ausgebende Abteilung) unverzüglich anzuzeigen. Des Weiteren ist bei Entwendung bzw. Verdacht auf Entwendung bei der zuständigen Polizeidienststelle unverzüglich Anzeige zu erstatten.
- (4) Kommt ein dem Auftragnehmer überlassener Schlüssel der General-Hauptschließanlage abhanden, so hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber – sofern er den Verlust zu vertreten hat - die Kosten für die notwendige Auswechslung von Schlüsseln und Zylinder bzw. Schließanlagen sowie für vorübergehende Sicherungsmaßnahmen (Notschloss) und einen Objektschutz bis zu 14 Tagen (gerechnet ab dem Zeitpunkt, an welchem der Verlust des Schlüssels festgestellt wurde) zu ersetzen. Die Geltendmachung eines darüber hinaus gehenden Schadenersatzanspruchs wegen Vorsatz und Fahrlässigkeit bleibt unberührt.

## **§ 25**

### **Schlussbestimmung**

- (1) Mündliche oder schriftliche Nebenabreden zu diesem Vertrag bestehen nicht.
- (2) Änderungen oder Ergänzungen dieses Vertrages sind nur wirksam, wenn sie schriftlich abgeschlossen oder schriftlich wechselseitig bestätigt worden sind. Dies gilt auch für die Aufhebung des Schriftformerfordernisses. Sollte eine Bestimmung dieser Vereinbarung ganz oder teilweise unwirksam sein oder werden, so wird hiervon die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen dieser Vereinbarung nicht berührt. An die Stelle der unwirksamen Bestimmung tritt die gesetzlich zulässige Bestimmung, die dem Gewollten am nächsten kommt. Dies gilt auch im Falle einer unbeabsichtigten Regelungslücke.
- (3) Gerichtsstand ist Stuttgart.

**Stuttgart, den**

**, den**

Südwestrundfunk

(Auftraggeber)

(Auftragnehmer)